

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei W. H. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postfachkonto 65 in Nr. 41494.
Erscheinung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 3825.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 40 Btg., Familienanzeigen 30 Btg., Stellenangebote 25 Btg.; außerhalb 40 Btg., für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Ausland 70 Btg., für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wägen wird keine Gewähr übernommen. Die Abrechnung der Einrückungsgebühren durch Kasse oder in Kontraktform wird der bewilligte Rabatt einbehalten. — Annahmefristen von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Der Sieg der Vernunft.

Die Verhandlungen der Vertreter von Eisenbahn-Organisationen und der Regierung haben zu einem vorläufig wenigstens erfreulichen Ergebnis geführt. Im „Vorwärts“ veröffentlicht die Vertreter der Arbeiter und Beamten, einen Aufruf, in dem sie jetzt selbst ihre Kollegen zur Ruhe und Besonnenheit ermahnen. Sie lassen erkennen, daß die Ausföhrungen der Regierungsbefehle über die furchtbare Finanznotlage des Reiches selbst auf sie ihren Eindruck nicht verfehlt haben. Woran sie es selbst bis vor kurzem mangeln ließen, nämlich an der Einsicht, daß auch die Regierung im Einvernehmen mit dem Reichstag gern gewillt ist, das Mögliche zur Verbesserung der Lage der Beamten zu tun, scheint jetzt vorhanden zu sein. Es wäre in der Tat dringend zu wünschen, daß die Vernunft, die offenbar bei den Führern einzufahren beginnt, sich auch auf die Dauer durchsetzt. Beamte und Arbeiter können versichert sein, daß alles geschehen wird, was geschehen kann, um ihnen zu helfen. Aber ein fast bankrotter Staat muß seinen Ausgaben einmal eine Grenze setzen.

Wie es um die Finanzwirtschaft der Eisenbahnen steht, beweisen die Ausführungen, die Staatssekretär Stietzel bei den Verhandlungen machte. Die Ausgaben für Materialen, die sich um 3000 bis 400 Prozent gesteigert hätten, seien zu ungeheuer, auch wenn das rund eine Million Personen betragende Personal der Reichseisenbahn keinen Pfennig Gehalt kostete, doch immer noch ein erhebliches Defizit vorhanden sei. Augenblicklich betrage der Selbstbetrag bei den Bahnen 15 Milliarden jährlich, ohne die neuen Fortführungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter zu rechnen. Auf je eine Mark Einnahme bei der Eisenbahn kämen zwei Mark Ausgaben. Um die Verhältnisse zu stabilisieren, würde es also notwendig sein, die Personentarife von 450 auf 900 Prozent und die Gütertarife von 600 auf 1200 Prozent zu erhöhen. Allerdings will man bei den Erhöhungen Abstrichen vornehmen und Rücksichten auf den Berufsverkehr, auf die Fahrpreise in den unteren Klassen und besonders auf den dringend notwendigen Güterverkehr nehmen. Das Reichs-Eisenministerium arbeitet jetzt an einem Sanierungsprogramm, und man hofft, im Laufe des Jahres, also bis zum 1. April 1922, aus der Unterbilanz herauszukommen.

Gewinnziehung der deutschen Sparprämien-Anleihe.

Berlin, 4. Jan. In der gestrigen letzten Gewinnziehung der deutschen Sparprämien-Anleihe von 1918 wurden u. a. folgende Gewinne in sämtlichen Reihen a, b, c, d gezogen (Ergänzung der gestrigen Meldung): In Gruppe 2435: Stüd Nr. 127 mit 1.000.000 Mk.; in Gruppe 806: Stüd Nr. 111 mit 500.000 Mk.; in Gruppe 472: Stüd Nr. 145 mit 300.000 Mk.; in Gruppe 985: Stüd Nr. 136 mit 200.000 Mk.; in Gruppe 2439: Stüd Nr. 208 mit 150.000 Mk.; in Gruppe 1838: Stüd Nr. 105 mit 150.000 Mk.; in Gruppe 1858: Stüd Nr. 128 mit 100.000 Mk.; in Gruppe 723: Stüd Nr. 97 mit 100.000 Mk.; in Gruppe 1194: Stüd Nr. 126 mit 100.000 Mk.; in Gruppe 426: Stüd Nr. 101 mit 100.000 Mk.

Die Memoiren Bethmann Hollwegs.

D. Frankfurt, 5. Jan. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung hat der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg noch bis kurz vor seinem Tode an dem zweiten Bande seiner Erinnerungen zum Weltkrieg gearbeitet. Das Werk soll im wesentlichen, abgesehen von kleinen notwendigen Korrekturen, fertiggestellt sein.

Soll Preußen aufgeteilt werden?

Berlin, 5. Jan. Unter der Überschrift „Soll Preußen aufgeteilt werden?“ schreibt der „Total-Anzeiger“: Bis zum 21. August 1921 (2 Jahre nach Geltungsbeginn der Reichsverfassung) läuft die Sperrfrist, innerhalb deren sich die deutschen Gliedstaaten über eine etwaige Umgliederung des Reiches zu entscheiden haben. Der Reichsminister des Innern hat daher vor einiger Zeit unter dem früheren Staatssekretär Graf Roeder einen Ausschuss berufen, in dem die preussische Frage nach allen Richtungen behandelt wird. Die Öffentlichkeit wurde auf die Arbeiten dieses Ausschusses besonders aufmerksam, als er in den letzten Dezember tagte. Die Groß-Hamburg-Frage behandelte, und als Hamburgs Ausgliederung lebhaften Widerspruch von preussischer und schleswig-holsteinscher Seite entfachte. Während diese Frage noch in der Schwebe ist, behandelt ein anderer Untersuchungsausschuss das Sein oder Nichtsein Preußens. Nach Ansicht des genannten Ausschusses dürften von den 12 Mitgliedern dieses Untersuchungsausschusses wohl nur ein Drittel für die Erhaltung des durch den Friedensvertrag ohnehin zerstörten Preußens in seiner jetzigen Gestalt eintreten. Dem Ausschuss gehören nämlich an: Baron

Die Abstimmungsvorschrift der Entente.

Noch keine Bestimmung über getrennte Abstimmung.

v. Deuthen, 5. Jan. Das nunmehr veröffentlichte Abstimmungsreglement für Oberschlesien ist von General Peron als Vertreter Frankreichs, de Marini als Vertreter Italiens und von Percival als Vertreter Großbritanniens unterzeichnet. Danach ist zur Teilnahme an der Abstimmung jeder ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt, der am 1. Jan. das zwanzigste Lebensjahr vollendete, in der Zone, worin die Abstimmung stattfindet, geboren ist, oder seit dem 1. Jan. 1904 oder früher seinen Wohnsitz im Abstimmungsbezirk hat, oder, wie es in dem Reglement heißt, von der deutschen Regierung ausgewiesen ist. Selbstständige oder Entmündigte sind vom Stimmrecht ausgeschlossen.

Die Stimmberechtigten

werden in folgende vier Kategorien eingeteilt (wie schon mitgeteilt):

- a) In Oberschlesien geborene und in diesen Gebieten wohnende;
- b) in Oberschlesien geborene aber hier nicht wohnende;
- c) außerhalb Oberschlesiens geborene, die seit 1904 oder einem früheren Zeitpunkt dort wohnen;
- d) außerhalb Oberschlesiens wohnende, die im Abstimmungsgebiet am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, diesen aber infolge Ausweisung durch die deutschen Behörden nicht beibehielten.

Jeder stimmt ab in der Gemeinde, wo er am 1. Januar 1920 wohnte oder, wenn er nicht in Oberschlesien wohnt, in der Gemeinde, wo er geboren ist. Ausgewiesene stimmen in der Gemeinde ab, wo sie wohnen. Das Abstimmungsrecht ist nicht mehr als in jeder Gemeinde festgestellt. Jeder bildet eine Gemeinde einen Wahlbezirk. Artikel 8 des Reglements regelt die Abstimmung in Wahlbezirken. Gültig sind, deren Bevölkerung weniger als 100 Einwohner zählen, bilden keine Wahlbezirke für sich, sondern werden Nachbargemeinden angegliedert. Gültig sind, deren Bevölkerung über hundert, weniger als 600 Einwohner zählt, bilden Wahlbezirke für sich. Sie besitzen aber weder einen eigenen paritätischen Ausschuss, noch ein eigenes Wahlbüro.

Die Stimmgabe

erfolgt in Gegenwart des Wahlbürobewachters der Gemeinde, doch wird eine besondere Urne mit dem Namen des Wahlbezirks benutzt. Gültig sind, deren Bevölkerung über 600 zählt, bilden vollberechtigte Wahlbezirke. Artikel 9 bestimmt, daß in jedem Wahlbezirk so viele Wahlstationen eingerichtet werden, wie nötig sind, damit die Einwohnerzahl jeder Wahlstation nicht über 12000, die Anzahl der Wahlberechtigten in dieser Abteilung nicht über 800 hinausgeht.

Für die Vorbereitung der Abstimmung

werden folgende Zeitpunkte festgesetzt: Am 10. Januar Errichtung der paritätischen Arbeitsausschüsse, am 14. Januar Beginn der dreiwöchigen Frist für die Eintragung in die Stimmlisten, am 5. Februar abends 6 Uhr Schluß der Eintragung, am 6. Februar Beginn der Auslegung der vorläufigen Stimmlisten. Am 17. Februar 6 Uhr abends läuft die Frist für die Einreichung von Einsprüchen, am 3. März abends 6 Uhr die Frist über die Entscheidungen des interalliierten Büros über Einsprüche ab.

Der Wahltag

wird durch die Regierungskommission später bekanntgegeben. Die von der Regierungskommission für die Abstimmung geschaffenen Behörden sind in jeder Gemeinde der paritätische Ausschuss und in den einzelnen Wahlstationen die Wahlbüros, in jedem Kreis das interalliierte Kreisbüro. Diese Behörden sind befugt, von den zuständigen deutschen Stellen alle erforderlichen Auskünfte einzuholen.

Das interalliierte Büro

besteht aus vier Mitgliedern, denen außerordentliche Mitglieder zur Unterstützung bzw. zur Vertretung beigegeben sind. Dabei wird beiden Parteien, der deutschen und der polnischen, gleiche Vertretung gewährleistet. Der paritätische Ausschuss bildet für je 2400 Einwohner einen Untersuchungsausschuss. Die Mitglieder des Ausschusses werden auf Vorschlag der Parteien durch das interalliierte Kreisbüro aus den in Oberschlesien wohnenden Abstimmungsberechtigten ausgewählt. Der paritätische Ausschuss kann eine endgültige Entscheidung nur treffen, wenn mindestens vier Mitglieder anwesend sind. Er tritt spätestens am vierten

Tag nach Inkrafttreten vorstehender Vorschriften zusammen. Dem paritätischen Ausschuss obliegt die Aufstellung der Stimmlisten, die Abgrenzung der Wahlstationen und die Aufstellung des Wahlbüros, die Organisation und Überwachung der Abstimmung in der Gemeinde. Das Wahlbüro besteht aus vier ordentlichen und vier stellvertretenden Mitgliedern, die den beiden Parteien zu gleichen Teilen entnommen werden.

Die Parteien schlagen am 7. Februar dem paritätischen Ausschuss ihre Kandidaten vor. Der paritätische Ausschuss trifft seine Wahl und unterbreitet sie innerhalb 8 Tagen dem interalliierten Büro zur Bestätigung. Das Wahlbüro muß 10 Tage vor dem Abstimmungstermin gebildet sein.

Der paritätische Ausschuss

setzt sich zusammen aus drei Beamten, wovon jeder in der Regierungskommission vertretenen Macht einen stellt. Unter ihnen befindet sich der Kreisfunktrollen, dem der Vorsitz zusteht. Die Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Je ein Vertreter der deutschen und polnischen Parteien nimmt an den Beratungen des interalliierten Büros als beratendes Mitglied teil. Das interalliierte Büro konstituiert sich am Tage des Inkrafttretens der vorliegenden Vorschriften. Es hat vor allem für die freie, unbefüllte, geheime Abstimmung zu sorgen.

Zu den Mitgliedern des interalliierten Wahlbüros, der paritätischen Ausschüsse und der Wahlbüros dürfen nicht verwendet werden: aktive Beamte und Mitglieder des Magistrats, Gemeindevorsteher, Gutsvorsteher, ebenso wie aktive geistliche Kultusbeamte der verschiedenen Konfessionen.

Die Ausweispapiere.

Personen, die nach dem 1. Oktober 1920 ihren Wohnsitz änderten, müssen selbst umgehend dafür Sorge tragen, daß sie in die Gemeinde eingetragen werden, worin sie zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz haben. In Oberschlesien geborene, aber dort nicht wohnende Personen, sowie außerhalb Oberschlesiens geborene, dort aber seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnende Personen haben an den paritätischen Ausschuss der Gemeinde, worin sie Stimmrecht ausüben dürfen, ein eigenhändig unterschriebenes, von ihnen persönlich ausgegebenes Gesuch nach einem bestimmten Muster einzureichen, dem Ausweispapiere beizufügen sind. Diese haben dem Eintragungsgesuch außerdem zwei Exemplare eines vor kurzer Zeit aufgenommenen und von der Gemeinde oder Kreisbehörde ihres jetzigen Wohnortes gestempelten und verzeichneten Lichtbildes beizufügen, wovon eines zur Aufstellung des Personalausweises verwendet wird, der bei der Einreise nach Oberschlesien als Pass, sobald als Stimmkarte zu dienen hat. Ihr Gesuch hat weiter die genaue Angabe des letzten Wohnortes im Abstimmungsgebiet und die Angabe der Zeit, zu welcher sie das Gebiet verlassen haben, zu enthalten. Es hat alle zum Ausweis ihrer Interessen erforderlichen Angaben, sowie mit Ausnahme von Fällen, wo dies offenbar nicht möglich ist, die Bezeichnung zweier oder mehrerer in ihrer Geburtsgegend oder in Ermangelung solcher in einer anderen Ortsgemeinde wohnender Personen, deren Identität sie bezeugen können, zu enthalten. Außerhalb Oberschlesiens Geborene, die dort seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnen, haben sich über die Dauer der Beständigkeit ihres Aufenthalts in Oberschlesien auszuweisen. Wenn sie seit dem 1. Juni 1904 nacheinander in verschiedenen Orten des Gebietes wohnen, haben sie jede Erklärung über ihren Wohnsitz von den Gemeinden oder Kreisbehörden ihrer aufeinander folgenden Wohnorte mit einer Beglaubigung versehen zu lassen. Nach dem 1. Juni 1903 Geborene haben dem Eintragungsgesuch eine Geburtsurkunde beizufügen. Oberschlesiens Geborene, die dort seit dem 1. Januar 1904 oder im Abstimmungsgebiet ihren Wohnsitz hatten, diesen aber infolge Ausweisung aus diesem Gebiet durch die deutschen Behörden nicht beibehielten, müssen ein Eintragungsgesuch an die Regierung in Doppelten senden und dabei ihre Ausweisung ziemlich ausführlich schriftlich mitteilen.

Das Verfahren bei der Wahlhandlung wird später durch Verordnung der Regierung in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Völkervereinigung vom 27. Dezember bestimmt.

Diese Verordnung enthält nichts über die getrennte Abstimmung der Reichsoberschlesier von den eigentlichen Oberschlesiern im Gegensatz zu den Meldungen der Breslauer Zeitung, wonach die Reichsoberschlesier 14 Tage später abstimmen sollten.

galt, München, und der frühere Staatssekretär im Reich, Handelsminister Goeppert. Der Völkervereinigung befürchtet von dieser Zusammenkunft des Ausschusses schwere Schädigungen für die preussischen Interessen und verlangt eine neue und gerechtere Aufstellung auf paritätischer Grundlage.

Die Wahlen für die Landwirtschaftskammern am 27. Februar.

Berlin, 5. Jan. Die Wahlen zu den preussischen Landwirtschaftskammern nach dem neuen Wahlrecht finden voraussichtlich am 27. Februar statt.

Englands Stellung zur deutschen Entwertung.

Auch die englische Regierung hat ihre Ansicht über die schwebenden Fragen der deutschen Entwertung nunmehr kundgetan. Sie hat es vorgezogen, die Hochflut der Rufen, die in den letzten Tagen sich über uns ergossen hat, nicht noch durch eine neue Note zu vermehren. Sie hat vielmehr das Reutersche Büro als ihr Sprachrohr benutzt und dadurch zugleich die Möglichkeit gewonnen, wenn es nötig sein sollte, die Stellung, die sie gegenwärtig einnimmt, nach der einen oder anderen Seite etwas zu korrigieren. Auch daran erkennen wir deutlich die ägernde englische Politik, die sich in einem unbefriedigten Gegenfah zu dem französischen Heißsporn befindet, ihre Ansicht aber nicht ein für allemal festlegt, sondern je nach Zug und Frommen der eigenen Politik reguliert.

Der Gegenfah, der zwischen England und Frankreich besteht, ist so offenkundig, daß ihn auch Reuter zugibt. Allerdings versucht die englische Agentur den Gegenfah etwas durch die Bemerkung zu bemänteln, die Fragen der deutschen Entwertungsbefreiung seien der „einzige Gegenfah“, über den eine „Leichte Meinungsverschiedenheit“ zwischen England und Frankreich bestehe. Immerhin, sie besteht. Ueber die Tragweite dieser Meinungsverschiedenheit geben wir uns selbst am allerwenigsten einer Illusion hin. Wir wissen ganz genau — und Reuter bestätigt das —, daß in der Sache selbst, d. h. in der Frage der deutschen Entwertung, England und Frankreich — sagen wir genauer die englische Regierung und Frankreich — einer Meinung sind. Es gibt in England Kreise, die Deutschland nicht wehrlos machen wollen. Zu ihnen gehört der bekannte Churchill, der sich in den letzten Tagen nach Paris begeben hat — wenn es auch offiziell in Abrede gestellt ist —, um für seine Meinung in Frankreich zu werben. Die englische Regierung aber hat bisher immer noch dem brutalen Geheiß der Northcliffe-Presse (Times und Daily Mail) Gehorsam geleistet und die Frage der deutschen Entwertung im Einvernehmen mit Frankreich zu lösen versucht. Trotzdem, in der praktischen Durchführung geben die Ansichten in Paris und London doch auseinander. Frankreich kann keine Vorliebe für das brutale Vorgehen auch diesmal nicht verleugnen, eine Vorliebe, die es immer wieder bekundet, seit ihm andere Nationen gehorchen haben zu „sagen“. Follet ist der getreue Sprachrohr dieses französischen Nachgeheißes, und seine Noten haben gerade in letzter Zeit immer wie Explosionen gewirkt. Die englische Regierung läßt sich im Gegenfah dazu durch den Mund des Reuterschen ganz anders vernehmen. Sie erkennt an, daß die deutsche Regierung nach Möglichkeit und nach Kräften in der schwierigen Frage der Entwertung seine Schuldigkeit getan hat, eine Anerkennung, die uns gewiß in neres Jähneknirschen verursacht, die aber der deutschen Regierung gerechter wird, als der blindwütige französische Haß, und von dieser Voraussetzung aus kommt die englische Regierung zu dem Schluß, daß man auch die noch schwebenden Fragen mit früherer Auslegung behandeln müsse. Dies zu tun soll Aufgabe einer Konferenz der Ministerpräsidenten der Entente sein. Also ein Unterschied im Tempo: Die Reutersche stellt ausdrücklich in ihrer Einleitung fest, daß die deutsche Abstraktion erst vollzogen sei, wenn Deutschland alle Waffen abgeliefert habe. Keine Meinungsverschiedenheit in der Sache selbst, wohl aber soll die Konferenz der Ministerpräsidenten die Termin für die Verabschiedung der Entwertungsbefreiung und für die Lösung der übrigen Entwertungsbefreiung ansetzen. Die Befreiung des Ruhrgebietes wird gewissermaßen von der Diskussion abgesetzt und nur einem bestimmten, sehr unwahrscheinlichen Falle vorbehalten. Es wird also in der Entwertungsbefreiung vorwiegend zu einem Kompromiß zwischen England und Frankreich kommen. Die Regierungen beider Länder werden daran festhalten, daß Deutschland den Entwertungsbefreiung Genüge leisten muß. Zugleich wird man aber wohl dem französischen Ueberreifer Jagel anlegen und Deutschland Zeit lassen. Ob wir mehr dabei gewinnen, als ein paar Wochen Gnadenfrist, werden wir in Ruhe abwarten. Das Problem steht so, daß die Entente mit ihrer eigenen Ruhe und Sicherheit spielt, wenn sie Deutschland gänzlich wehrlos macht, daß sie dem Brüsseler Delegierten die dicken Knäuel zwischen die Beine wirft, wenn sie uns nicht endlich vollständig Ruhe läßt.

Die Ausschalt

erliart es sich au-
teten Leute Mann
Meer hat zahlre-
schonmt. Nach de-
dem Schiffe 240
befunden. Da die
trägt, dürsten noch

Die Ausschalt

gen der Sozialisten
genommen. Eigenan-
tliche Interessenten
die Beamten des
Taschnage ist jedoch
Wichtig der Regie-
kreise zurückzuführen
freiwilligen Ent-
werner, der ver-
treter in die
landt war. Es h-
Werner diesen So-
dem er vorher mit
sollte, Rücksprache
gentell anzunehm-
Führung nach
gen ist. Wie wir e-
über diese Ge-
sen der Bergbau
groß. Die berei-
gen den Bund her-
ten, in dem Wern-
daburh noch ge-
tritte aus ihm hin-
manche Jedem an-
Beamten dem W-
ist jetzt andere

mal diese sehr er-
men. Auch von H
schaftlich nahe H
flucht zugegebe
einigen Tagen vo
wegung ziemlich
in der „Westfälis
in Dortmund. Be
him, daß die Be
littik, auf die e
Berners zurückau
politik den An
der nicht einprä
ihre rein wirtscha

480—481, Dollarn
Dollarnnoten 73/4
" Berlin, 5. Febr.
Insfaden letzte Zeit
der meßten Papiere
paß Kursgebühren
doch waren beson
beret Abwärts
vorgenommen Sat
Stunde wurde, a
Realisationsneigung
gemeiner, so daß d
und starken Schw
etnen: ziemlich
auf den anderen
der Papiere Abst
gefallen lassen.
der Festigkeit der
Rentenpapiere:
den zu Einheit
werten überwogen
Rückstums die An

Berliner		Div. 4.	
Com.-u. Privatb.	7	213	10
Darmst. Bank	6	182	10
Deutsche Bank	12	331	10
Elek.-u. A. A.	7	220	10
Essener Bank	7	196	10
Wes. Cred.-Anst.	9	120	10
Mitteld. Cred.-B.	7	181	10
Pr. Cent.-u. B.	94	173	10
Reichsbank	8,66	150	10
St.-W. Rd.-Cr.	7	133	10
Börs. Viktorie	12	519	10
Elber. Bergw.	12	347	10
Schlagel Börs.	22 1/2	—	10
Allg. Elektr.-G.	10	247	10
Arenberg	10	395	10
Bad. Anilin	12	878	10
Baleke Masch.	16	870	10
Barmer Wals.	6	1077	10
Bismarck-Hütte	6	1111	10
Börs. Bergw.	12	—	10
Börs. Gasf. Str.	5	555	10
Börs. Gußstahl	5	473	10
Concordia Berg.	21	473	10
D.-Lux. Bergw.	10	323	10
Deutsche Kali	3	474	10
Hüttenk. Hsch.	43	—	10
Dtschke	12	—	10
Elber. Farb.	12	—	10
Essener Steinh.	12	—	10
Inland	—	—	10

5%	L	D	S-A	-	-
----	---	---	-----	---	---

Für drahtliche Aussahlungen	Geld
Holland 100 fl.	2890
Belgien 100 Fr.	2580
Norwegen 100 Kr.	1180
Dänemark 100 Kr.	1180
Schweden 100 Kr.	513
Italien 100 L.	257
England 100 £	257
Amerika 1 D	48
Frankreich 100 Fr.	48

Schweiz	100 Fr.	1148
Spanien	100 Pes	985
Dtsch. Ost	100 Kr.	15

en.	tsch.-Slow. 100Kr.	10
nta	Ungarn 100 Kr.	12
ar-		
ka-		
he		
nte		
nn		

* Förderung

ben in der verga-
bekannten Bereich
Feiertage ungün-
stände auf de
bis 31. Dezember

bei
ff: nämlich auf 882
g e n g e s t e l l u n

... 752); die Gef
... per Leistu

erklärte für den Fall, daß die Reichshohlenverwal-
tung die ausreichende Kohlen- und Koksverforgung
der Betriebe des Stahlwerks Beder, insbesondere
auch der Neuanlagen am Krefelder Rheinhafen,
garantiren würde. Ueber das Ergebnis dieser
Verhandlungen wird erst dann Bericht erstattet
werden können, wenn die Angelegenheit endgültig
geordnet ist. Ueber die Form der Eintragsung
einer Hypothek von 50 Mill. Mk.
zugunsten der Bormyer Kreditanstalt als des Treu-
händlers für die im Juli v. J. begebene Schuldscheinanleihe in gleicher Höhe war innerhalb des
Aufsichtsrates unserer Gesellschaft eine Mei-
nungsverschiedenheit entstanden. Die Anleihe ist vertragsmäßig auf die Dauer von zehn
Jahren seitens der Gelbgeber unfindbar abgeloöst
werden. Dabei ist sowohl im Darlehensvertrage wie im
Text der Schuldscheine vorgesehen, daß die Treu-
händerin berechtigt sein soll, die fristlose Rück-
zahlung des Darlehens dann zu fordern, wenn ent-
weder das Stahlwerk Beder vier Wochen nach er-
folgter Mahnung die Zinsen nicht zahlen oder in
Konkurs gerathen wurde oder in anderen Besitz
überginge, eine Sicherheitsmaßregel, welche die meis-
ten Hypothekendarlehensverträge gleichlautend ent-
halten. Es ist dann durch einen notariellen Akt
unter Mitwirkung der Treuhänderin noch beson-
ders festgelegt worden, daß die fristlose Fälligkeit
nur in den genannten Fällen eintreten solle und
daß die Fälligkeit nicht eintrete, wenn das Stahl-
werk Beder nachweist, daß die Bedingungen, unter
denen seitens der Treuhänderin etwa die fristlose
Rückzahlung gefordert werden könne, nicht vor-
liegen. Dieser Zusatz ist zur Eintragung in das
Grundbuch angemeldet. Bezüglich der Aktienbe-
theiligung des Generaldirectors Dr. Beder an des
Stahlwerk Beder Alt.-Ges. ist zu bemerken, daß
seine Vermögensverwaltungsstelle heute noch die
gleiche Anzahl Aktien wie zum Zeitpunkt der letzten
Generalversammlung besitzt, und daß sie das Be-
zugsrecht auf die aus der letzten Kapitalserhöhung
dem Generaldirector Dr. Beder zustehenden neuen
Aktien im vollen Umfang ausübt hat.

Dampfer gesunken
Der deutsche Dampfer San-
tisschafft von Wa-
som 1. zum 2. J.
arcia auf der Hö-
en. Das Schiff hat
ung von 150 Man-
errettet werden.
dem Schiffsbruch
daß sich der Schiff-
elte und die Passa-
Aus diesem Grund

* **Stahlwert Veder.** In dem Prozeß wegen der Berechnung der Kohlensteuer wird von der Direktion des Werkes geschrieben: „Seit März d. J. schreibt ein Prozeß über die Berechnung der Kohlensteuer von beizugehenden Kohlenmengen, die das Stahlwert Veder A.-G. in Zürich und der Schweiz zu liefern verpflichtet ist. Dieser Kohlenlieferungsvertrag war bekanntlich die Gegenleistung für die Vergabe von 50 Mill. Mark a fond perdu, die von der Schweizer Gruppe zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Jeze Präsident und zum beschleunigten Ausbau der Jeze Präsident und Herberde Steinkohlenbergwerke abgegeben wurden. Nachdem das Stahlwert Veder in der grundlegenden Frage bezüglich des Charakters des Schweizer Vertrages ein seine Auffassung bestätigendes Urteil des Reichsfinanzhofes erlangt hatte, sind dann über die Berechnung der Steuer grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten mit den Landesfinanzämtern München und Düsseldorf zutage getreten, in deren Verlauf das Stahlwert Veder sich zu einem weit entzogenen Verhandlungserfolg herstellte.“

Frankreich 100 Fr.	438,65	457,45	438,65	438,45	1708,30	81,-
Schwels 100 Fr.	1148,85	1181,15	1189,85	1142,16	798,-	81,-
Spanien 100 Pes.	985,50	988,50	978,-	976,-	848,-	81,-
Dach.-Oest. 100 Kr.	16,49	16,52	16,94	16,93	85,-	81,-
Dach.-Slow. 100 Kr.	81,70	81,90	81,95	81,95	101,15	81,-
Ungarn 100 Kr.	12,28	12,82	12,10	12,14	—	—

* Förderung und Bestand im Augrevier wurden in der vergangenen Woche, abgesehen von den bekannten Bereichsschwierigkeiten, auch durch die Felernte ungünstig beeinflusst. Die Lagerbestände auf den Beeten haben sich vom 24. bis 31. Dezember wieder um 120 000 Tonnen nämlich auf 882 869 Tonnen, erhöht. Die Wassengestellung betrug merklich 18 835 (19752); die Gefächser 6514 (8326) Wagen. Die Verlebung in den Duisburger Sa

Berlin, 5. Jan. Im Laufe des heutigen Tages dürften die Ergebnisse über die Abstimmung der Eisenbahnbeamten, die von der Eisenbahngewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Angedienter vorgenommen ist, fertiggestellt werden. Zur Zeit stehen noch drei Bezirke mit rund 50 000 Stimmen aus, die jedoch an dem Endresultat kaum etwas ändern werden. Bis gestern waren 143 000 abgegebenen Stimmen gezählt worden, von denen rund 124 500 für den Streik gestimmt haben. Die Beteiligung an der Wahl schwankte zwischen 70 und 88 Prozent. Nur in einem Bezirk, nämlich in Kassel, wurde die Mehrheit für den Streik nicht erreicht. Kommunistische Versuche, die auf die vorzeitige Arbeitsniederlegung im Eisenbahnbetrieb hinwirkten, hatten keinen Erfolg. Die Abstimmung hat zunächst nur eine prinzipielle Bedeutung, da die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium glücklicherweise auf Verständigung zulaufen. (D. Z. schriftl.)

auf der Flucht erschossenen Kommunistenführers Hoffmann nahmen viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen teil. Aus Hamburg und anderen Orten waren viele Kommunisten herbeigekommen. Es wurden aufreizende Reden an die Menge gehalten. Nach Abhaltung zweier Kommunisten-Versammlungen zogen etwa 400 Personen vor die Spivak-Bühne, um dort einzudringen. Die Polizei verteilte sich zunächst mit Feuerpistolen und Schredschüssen. Als gegen 11 Uhr abends die Menge durch das äußere Kasernen-tor einbrang, wurde auch scharf geschossen, wobei es auf Seiten der Demonstranten sieben Tote und 22 Verwundete gab, auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter verwundet. 40 Personen wurden verhaftet, darunter der Führer der Flensburgr Kommunisten. Noch nachts verbrannten die Mehrheitssozialisten ein Flugblatt, in dem sie von den Demonstranten abrückten, in dem sie Bestrafung der Mithwiegler verlangen und die Arbeiterhaft zur Milderung der Vertriebe auffordern. Der Aufruhrerzug kam man morgens fast reiflos nach. Gegenwärtig herrscht in Flensburg Ruhe.

Die Entwaffnungsfrage.
TU. München, 6. Jan. Von unvorbereiteter Seite wird mitgeteilt, daß sich die Reichsregierung und die bayerische Regierung in der Einwohnerwehr- und Entwaffnungsfrage einig seien, sodass zu neuen Besprechungen kein Anlaß vorliege.

Seite wird mitgeteilt, daß sich die Reichsregierung und die Bayerische Regierung in der Einwohnerwehr- und Entwaffnungsfrage einig seien, sodass zu neuen Verprechungen kein Anlaß vorliege.

D. Part 3. 6. Jan. Am 19. Januar werden die Premier-Minister der vier europäischen Größten-Großstaaten zur Beratung über die Entwaffnung Deutschlands und andere schwebende Fragen zusammentreten. Nach dieser Beratung werden die Verhandlungen in Brüssel erst wieder aufgenommen werden. Der Londoner Korrespondent des Temps berichtet, daß die englische Regierung für eine mittlere Lösung der Entwaffnungsfrage sei, und zwar in dem Sinne, daß die Einwohnerwehren wohl verringert, aber nicht völlig aufhellt werden sollen.

w. Hensburg, 5. Jan. An der gestern nachmittags erfolgten Beerdigung des von der Polizei

w. Duisburg, 6. Jan. Wie die rheinisch-westfälische Wirtschaftskorrespondenz meldet, hat die Vinzenzschiffahrtsektion des deutschen Transportarbeiterverbandes eine Entschließung angenommen, in der sie mit Entschiedenheit von dem Vorgehen Bayerns hinsichtlich der Entlohnung der Einwohnerwehren, durch die die Gefahr der Belegung des Ruhrgebietes in unmittelbare Nähe gerückt sei, Kenntnis nimmt. Sie protestiert mit aller Schärfe gegen die Sonder-

TU. Rotterdam, 5. Jan. Der Preisabfall
 in England hält an. Man meldet neuerdings
 eine Anzahl von Konkursöffnungen. Keine Bank
 gewährt mehr Kredit, wodurch wiederum gro-
 ße Firmen zusammenbrechen. Die Preise für
 Nahrungsmittel gehen langsam zurück. Nach einem
 amtlichen Ausweis sind sie innerhalb eines Mo-
 nats um 9 Prozent gefallen.

TU. London, 6. Jan. (Reuter-Meldung.) Nach
 der „Daily Mail“ haben die Vergeltungs-
 maßnahmen des Generals Strickland in
 Middleton, wo er eine Anzahl Häuser niederbren-
 nen ließ, die Degrierung übertrifft. Der Generalkom-
 mandant hat auf Grund des Kriegsgegesetzes gehandelt, ohne sich
 vorher mit Greenwood und anderen maßgebenden
 Persönlichkeiten ins Einvernehmen gesetzt zu haben.
 Nichtsdestoweniger billigt das Kabinett die Maß-
 nahmen durchaus. Stricklands Vorgehen hat ein
 neues Vergeltungssystem der britischen
 Truppen in Irland eingelehrt.

D. London, 8. Jan. Aus Washington wird gemeldet: Im Senat fragte Senator Hobbs die Regierung an, sie habe von den 150 Millionen Dollar, die der Kongreß i. B. für den Senats zur Unterstützung des notleidenden Europas bewilligt habe, 40 Millionen für die Kriegsunterstützungen der polnischen Armee verwandt.

zeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu bieten, beabsichtigt die Regierung, in den nächsten Tagen die neuen Strafgesetzesentwürfe zu veröffentlichen.

gebäude fanden erhielt durch den Oberreichsanwalt
umfangreiche Vernehmungen über angeblich be-
gangene Freischauferei statt.

der kaum Mail hielt Biscont Greh in Glasgow eine Rede, in der er auf die Notwendigkeit der Einschränkung des Rüstungswettbewerbes hinwies. Er sprach sich ferner gegen geheime Verträge und für die Kontrolle des Kriegsschiffbaues aus.

Erkrankten als nicht bedenklich.

in Gang zu kommen. Der Vorstand des deutschen Handarbeiter-Verbandes ließ auf den Gütern sämtliche Tarife kündigen, darauf sollen die Güterbesitzer mit Massenkündigungen beantwortet haben.

jagte die aus 500 Personen bestehende Menge, die mit Droschkefliegeln, Beilen und Jagdgewehren bewaffnet war, die Beamten der Sicherheitsspolizei und der Reichsgrenzschutzeile, welche mit der Eintreibung von Broitgetreide beauftragt war. Der Gemeindevorsteher als Hauptanführer wurde sofort von seinem Amte entfernt. Gegen alle übrigen Beteiligten ist ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet.

Ernährungsweise: für Politik, L. B., Gesundheit und Sport B. Lindner; für Sozialen, Handel und Beste Nachrichten Th. Hoffen; für „Feierstunden“ und den übrigen Viertel Julie Schwind, für Literatur und Klammern Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Wochens, 6. Januar.

(Zum 6. Januar.)

Roman von H. v. A.

Von R u d o l f H e r z o g.

Rach Schließen starren die Blicke der Welt,
Daß Deutschlands Ehre in Händen fällt.
Und ihr precht: „Was soll's und Verdammeuch Gott,
Spielen wir Judas Ischariot?“
Angetreten! In gleichem Schritt!
Und die Gresse nehm auf den Schultern mit!
Und die Kranken trag in den Betten herbei!
Schwurfinger hoch! Und ein einziger Schrei:
„Deutsch – deutsch – deutsch, Durchschließen!“

Die doppelten Invalidenmarken.

Bilke der Welt,
Händen hält.
"und Verdammeuch Gott,
ist?"
Schritt!
den Schultern mit
den Beinen herbei!
ein einziger Schrei:
"h. Oberhelfen!"

Schluss.

Nach Klalle B sind u. a. berlegt: Münster
i. W., Sagen, Buer, Gladbeck, Hamm, Hüdelscheid

alt gibt es tagtäglich stürmische Auseinandersetzungen, weil jeder, der leben muß, nicht einsehen will, weshalb er vom 20. Dezember ab plötzlich den doppelten Betrag zu zahlen hat. Der Gedanke, der den Reichstag leitete, war gut. Man wollte den Rentempfängern eine monatliche Beihilfe geben, die unbedingt notwendig ist, und man glaubte aus allen technischen Schwierigkeiten herauszukommen, indem man vom 20. Dezember ab einfach die Marken zum doppelten Werte verkaufen ließ. Dabei ist aber vollkommen übersehen worden, daß nach der Reichsversicherungsordnung viele Arbeitgeber berechtigt sind, erst am Ende des Vierteljahres die Marken zu fleben. Ihnen wird nun plötzlich zugemutet, für die Zeit vom 1. Oktober bis 20. Dezember den doppelten Betrag zu zahlen, wozu jede rechtliche Unterlage fehlt. Nach der Ansicht Sachverständiger liegt eine Verpflichtung, auch für die Vergangenheit bis zum 20. Dezember die erhöhten Gebühren zu zahlen, nicht vor. Die notwendigen Folgen also müssen viele tausende von Beschwerden an die Versicherungsämter sein, bei denen nach dem Wortlaut der Reichsversicherungsordnung die Rückzahlung der zuviel bezahlten Beträge zu erfolgen hat. Die geradezu unerträgliche Zustände, die dadurch geschaffen werden, läßt sich nach dem geringsten Abblitz der Regierung und dem Reichstag wird also ganz anders anders übrig bleiben, als schamlos eine Interpretation der Bestimmungen vom 20. Dezember.

(Fortsetzung folgt.)

Page 42

85141430